

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	III
Vorwort	V
AutorInnenverzeichnis	XI

Walter Berka, Salzburg

Die Organisationsreform im Kontext von Selbstverwaltungsgarantie, Kompetenznorm und gleichheitsrechtlicher Sachlichkeit	1
I. Verfassungsrecht und Sozialversicherung	1
II. Die Maßstäbe der Verfassung	3
III. Die Neuorganisation der Trägerorganisationen	6
IV. Die autonome Besorgung von Selbstverwaltungsaufgaben	9
V. Die demokratische Legitimation in der Krankenversicherung der unselbständig Erwerbstätigen	15
VI. Sozialversicherung und Selbstverwaltung	19

Johannes Warter, Salzburg

Betriebs(teil)übergänge im Rahmen des SV-OG – Arbeitsrechtliche Aspekte Teil I	21
I. Grundsätzliche Vorbemerkung und Problemstellung	21
II. Zum Betriebsübergang – Einleitung	25
III. Rechtliche Voraussetzung eines Betriebsüberganges	26
A. Arbeitsverhältnisse auf Grundlage privatrechtlicher Verträge	27
B. Inhaberwechsel	28
C. Exkurs: Arbeitskräfteüberlassung	30
D. Betrieb	32
1. Organisierte Zusammenfassung von Ressourcen	32
2. Ausführungen in den Materialien zum (Nicht)Vorliegen eines Betriebs- überganges	33
3. Betriebsbegriff des AVRAG und der BÜ-RL	34
E. Betriebsübergang im Rahmen der Umstrukturierung von Verwaltungs- behörden oder Übertragung von Verwaltungsaufgaben von einer Behörde auf eine andere	35
1. Begriff der Behörde	35
2. Wirtschaftliche Tätigkeit – hoheitliche Tätigkeit	35
IV. Betriebsteilübergänge	38
V. Zusammenfassung	39

Rudolf Mosler, Salzburg

Rechtsfolgen des SV-OG für einzelne Arbeitsverhältnisse – Arbeitsrechtliche Aspekte Teil II	41
I. Ausgangslage und Problemstellung	41
II. Örtliche Versetzungen	42
A. Rechtsgrundlagen	42

B. Örtliche Versetzungen ohne Zusammenhang mit einer Organisationsänderung auf Grund des SV-OG und/oder des ZPFSG	44
C. Örtliche Versetzungen im Zusammenhang mit einer Organisationsänderung auf Grund des SV-OG und/oder des ZPFSG	47
D. Mitwirkungsrechte des Betriebsrats	48
E. Dienstnehmer/innen des Hauptverbands	51
III. Änderungen im Tätigkeitsbereich	52
A. Bedienstete der Sozialversicherungsträger	52
B. Bedienstete des Hauptverbands	53
C. Betriebsverfassungsrechtlicher Versetzungsschutz	54
IV. Einreihungsschutz	54
V. Leitungsfunktionen	56
A. Versicherungsträger	56
B. Hauptverband	57
VI. Zusammenfassung	59

Walter J. Pfeil, Salzburg

Betriebsverfassungsrechtliche Fragestellungen auf Grund des SV-OG –

Arbeitsrechtliche Aspekte Teil III	63
I. Problemstellung	63
II. Betriebsbegriff und SV-OG	65
A. Im Hinblick auf die ÖGK	65
B. Im Hinblick auf den Dachverband	69
III. Unmittelbare Konsequenzen	69
A. Im Hinblick auf die ÖGK	69
B. Im Hinblick auf den Dachverband	71
C. Im Hinblick auf BVAEB bzw SVS	71
D. Betriebsratsfonds	72
E. Sondersituation PLABG	74
IV. Weitergehende Folgen	75
V. Zur Weitergeltung von Betriebsvereinbarungen	77
A. Betriebsvereinbarungen bei einer GKK	77
B. Betriebsvereinbarungen beim Hauptverband bzw der VAEB bzw SVB	78
VI. Zusammenfassung	80

Birgit Schratlbauer, Salzburg

Bindung des Verwaltungsrates der ÖGK an die bisherige Beschlusspraxis –

Arbeitsrechtliche Aspekte Teil IV	83
I. Problemstellung	83
II. Beschäftigungsverhältnisse der Bediensteten von Sozialversicherungsträgern	84
A. Rechtsstellung der Bediensteten in der Sozialversicherung	84
B. Zuständigkeiten in dienstrechtlichen Angelegenheiten	85
1. Geltende Rechtslage	85
2. Zuständigkeiten nach der neuen Organisationsstruktur	86
3. Überleitungsausschuss	87
III. Bindung an die bisherige Beschlusspraxis durch betriebliche Übung?	87
A. Allgemeines zur betrieblichen Übung	87
B. Betriebliche Übung und Dienstrecht der Sozialversicherungsträger	88
IV. Arbeitsrechtlicher Gleichbehandlungsgrundsatz	92
A. Allgemeines zum arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatz	92

B. Relevanz des arbeitsrechtlichen Gleichbehandlungsgrundsatzes im Zuge der Zusammenlegung der Versicherungsträger?	94
V. Zusammenfassung	96

Susanne Auer-Mayer, Salzburg

Fragen im Zusammenhang mit der Beendigung von Arbeitsverhältnissen

infolge des SV-OG – Arbeitsrechtliche Aspekte Teil V	99
I. Problemstellung	99
II. Überblick über die „allgemeinen“ arbeitsrechtlichen Regelungen zum Kündigungsschutz und ihren Anwendungsbereich	101
A. Allgemeiner Kündigungsschutz	101
1. Anwendbarkeit des allgemeinen Kündigungsschutzes auch auf AN der Sozialversicherungsträger	101
2. Anfechtungsmöglichkeiten	102
3. Rechtfertigungsmöglichkeit durch betriebliche Erfordernisse	103
4. Relevanz im Zusammenhang mit dem SV-OG	104
B. Besonderer gesetzlicher Kündigungsschutz	104
1. Grundsätzliches und Rechtswirkungen	104
2. Einschränkung des Betriebes als Kündigungsgrund	105
3. Relevanz im Zusammenhang mit dem SV-OG	105
C. Besonderer Kündigungsschutz nach Maßgabe der geltenden Dienststörungen	106
1. Grundsätzliches und Rechtswirkungen	106
2. Verringerung des Geschäftsumfanges als Kündigungsgrund bzw als Grund für die (vorzeitige) Versetzung in den Ruhestand	107
3. Relevanz im Zusammenhang mit dem SV-OG	108
III. Auswirkungen des § 718 Abs 15 ASVG	109
A. Grundsätzliches	109
B. Wann liegt eine unzulässige Kündigung „aus dem Grund der Organisationsänderung“ vor?	110
1. Allgemeines	110
2. Reichweite des Verbots der Kündigung wegen eines Betriebsüberganges ...	110
3. Auslegung des § 718 Abs 15 ASVG	112
C. Rechtsfolgen einer gegen § 718 Abs 15 verstoßenden Kündigung	115
D. Verhältnis des § 718 Abs 15 ASVG zu anderen Regelungen zum Kündigungsschutz	116
1. Allgemeines	116
2. Verhältnis zum „Allgemeinen Kündigungsschutz“ nach § 105 ArbVG	116
3. Verhältnis zu den gesetzlichen Regelungen zum besonderen Kündigungsschutz	117
4. Verhältnis zum Kündigungsschutz nach der jeweils anwendbaren Dienststörung	118
IV. Analoge Anwendung des § 718 Abs 15 ASVG auf Versetzungen in den Ruhestand	119
V. Zusammenfassung	120

Thomas Müller, Innsbruck

Verwaltungsrechtliche Dimension	123
I. Einleitung	123
II. Dachverband	124

A. „Aufgabensplitting“: Verfassungsrechtliche Grundfrage der Selbstverwaltung	124
B. Die Überleitungskonferenz: Verwaltungsrechtliche Fragen	128
III. Staatsaufsicht	130
IV. Verfahren und Zuständigkeitsübergang	133
V. Schluss	134

Matthias Neumayr, Salzburg

Leistungsverfahrensrechtliche Dimension	135
I. Die organisatorische Ausgangslage nach dem SV-OG, BGBl I 2018/100	135
A. Neugestaltung der „Trägerlandschaft“ und Reduktion der Zahl der SV-Träger	135
B. Neugestaltung der Organstruktur der Träger	136
1. Die „neuen“ Verwaltungskörper der Versicherungsträger	136
2. Bestellung von Bevollmächtigten zur Vertretung der Anstalt in sozialgerichtlichen Verfahren vor Gericht	137
II. Die rechtliche Qualifikation der Zusammenlegung	138
A. Die gesetzlichen Regelungen über die Zusammenführungen und die Gesetzesmaterialien dazu	138
1. Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK)	138
2. Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS)	138
3. Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau (BVAEB)	139
4. Versorgungsanstalt des österreichischen Notariats	139
B. Die rechtliche Qualifikation der Zusammenlegungen	140
III. Verfahrensrechtliche Konsequenzen einer Gesamtrechtsnachfolge	140
A. ipso iure-Eintritt des „neuen“ Versicherungsträgers in das Verfahren mit 1. 1. 2020	140
B. Keine Unterbrechung des Verfahrens	141
C. Einbringung der Klage beim Sozialversicherungsträger	142
D. Sonderfälle	143
IV. Zusammenfassung	143